

„Versöhne dich zuerst“ (Mt 5,24) – ein biblisch-geistliches Geleitwort  
Johannes Hauck ..... 1

**VERSÖHNUNG ZWISCHEN GRUPPEN**

Versöhnung zwischen Gruppen – alttestamentliche Perspektiven  
Thomas Naumann ..... 5

Versöhnungsprozesse als konstruktive Transformation sozialer Konflikte  
Jochen Sautermeister ..... 17

Glückende und misslingende Versöhnungsprozesse zwischen Kirchen – Erfahrungen aus dem mennonitisch-lutherischen Dialog  
Knut V. M. Wormstädt ..... 30

Pazifismus am Ende?  
Zur bleibenden Zumutung einer christlichen Friedensethik in einer multipolaren Welt  
Christine Schliesser ..... 45

Die Suche nach Versöhnung in der ukrainischen Orthodoxie – Drei Sichtweisen und die Zukunftsperspektiven  
Sergii Bortnyk ..... 58

**ÖKUMENISCHES PORTRAIT**

Interview mit Alan Falconer  
Dagmar Heller ..... 70

Unsere Autorinnen und Autoren ..... 80

Thema des nächsten Heftes:  
Martyrer für Frieden und die Una Sancta: Max Josef Metzger

„Versöhne dich zuerst“ (Mt 5,24) – ein biblisch-geistliches Geleitwort

Theoretisch steht außer Zweifel: Versöhnung und Versöhnungsbereitschaft gehören zu den Essentials (nicht nur) des Christentums (vgl. Mt 5,23f; 18,21f u.ö.). Sie wurzeln in der Forderung, dem Bösen nicht nachzugeben (z.B. Eph 4,27–32). Daher haben viele Kirchen ergreifende Versöhnungsriten in ihren Liturgien, wo es auch um die Gemeinschaft und ihre „Unversehrtheit“ insgesamt geht – mit allen Vor- und Nachteilen institutionalisierter Gebräuche. Leider Gottes werden dagegen Unversöhnlichkeit, Streit und sogar Gewalt und Krieg auch von Christen damit begründet, dem Bösen widerstehen zu wollen; doch Abbruch der Mahlgemeinschaft mit falschen Brüdern (z.B. 1 Kor 5,8–13), Abgrenzung gegenüber gefährlichen Irrtümern (2 Kor 6,13–18; 2 Petr 2 u.ö.) und eventueller Gemeinde-Ausschluss sind sehr diffizile Unterfangen der Ultima Ratio, die mit Versöhnungsbereitschaft verbunden sein müssen (Mt 18,15–17). Dies ist freilich im konkreten Fall meist weder so einfach noch so klar, besonders wenn psychische Eigendynamiken auf verschiedenen Ebenen ins Rollen kommen. Hier eröffnen sich Felder notwendigen Kampfes – der allerdings ganz anders geartet ist als säkular verstandenes Machen und Durchsetzen –, des „geistlichen Kampfes“ um Klarheit, um das Bleiben in Christus und seiner Liebe. Denn fehlgeleiteter Zorn etwa oder Hartherzigkeit sind ernste seelische Krankheiten und führen weg von Gott (vgl. Ps 95,7f; Hebr 3,15), gepaart mit Hochmut sogar Richtung geistlichen Suizid. Gewalt jeglicher Form steht niemals zur Debatte, vielmehr gilt der altkirchliche Rat, das Böse und daraus entspringende Fehler zu hassen, die Brüder indessen dennoch zu lieben, wie es der barmherzige Vater tut (vgl. z.B. *Regula Benedicti*, 64,10: *Oderit vitia, diligat fratres*)! Was aber, wenn es nicht gelingt, gut und böse „partiübergreifend“ zusammen im Heiligen Geist zu unterscheiden? Und nicht erst heute wird das Gute als „böse“ und das Böse als „gut“ durcheinandergewirbelt; die Benediktusregel (6. Jh.) mahnt hinsichtlich irregehender Brüdergruppen (indem sie einen wohl allen innewohnenden Zug bzw. gewisse innere Anteile benennt): „(...) nicht in den Hürden des Herrn, sondern in ihren eigenen eingeschlossen: Gesetz ist ihnen, was ihnen behagt und wonach sie verlangen. Was sie meinen und wünschen, das nennen sie heilig, was sie nicht wollen, das halten sie für unerlaubt“ (RB 1,8f). Dabei umfasst die *Versöhnung zwischen Gruppen*

# Die Suche nach Versöhnung in der ukrainischen Orthodoxie – Drei Sichtweisen und die Zukunftsperspektiven

*Sergii Bortnyk*

Bevor ich die Situation in der ukrainischen Orthodoxie systematisch betrachte, indem ich drei Sichtweisen skizziere, möchte ich einige konkrete Beispiele aus dem kirchlichen Leben der Ukraine anführen. Meiner Überzeugung nach verlangt es die Vielfalt der verschiedenen spezifischen Kontexte, zunächst solche Beispiele anzuführen und erst dann verallgemeinernde Perspektiven zur Situation zu formulieren, um Möglichkeiten für eine Versöhnung der verschiedenen Gruppen in der ukrainischen Orthodoxie zu skizzieren.

Als Hauptmotiv für die kirchliche Versöhnung in der Ukraine wird manchmal angeführt: „damit sie alle eins seien“ (Joh 17,21).<sup>1</sup> Dies ist sicherlich ein schöner und theologisch wichtiger Satz. Das Problem ist jedoch, dass er für eine Zwangsvereinigung verwendet werden kann, wofür wir in den letzten Jahren in der Ukraine Beispiele gesehen haben, insbesondere seit der Vorbereitung des „Vereinigungskonzils“ im Jahr 2018. In meinen Vorschlägen zur kirchlichen Versöhnung gehe ich eher von einem anderem Wort aus demselben Johannesevangelium aus: „Daran wird jedermann erkennen, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe untereinander habt“ (Joh 13,35).

## 1. Konfrontation vor Ort

Kürzlich erinnerte mich Facebook an den Jahrestag der Veröffentlichung des Bandes „Strategien der Versöhnung. Die Rolle der Kirchen in der Ukraine“ – vor vier Jahren war ich Herausgeber dieses Bandes. Er wurde auf der Grundlage einer Konferenz veröffentlicht, die Ende Oktober 2018 in Kyjiv stattfand und an der Experten aus der Ukraine und einigen anderen europäischen Ländern teilnahmen. Sie fand in der Situation der eiligen Vorbereitung der Erteilung des Tomos des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel statt. Die Konferenz wurde damals von der Stiftung „Akademische Initiative“ und von der Kyjiver Theologischen Akademie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) in Zusammenarbeit mit der internationalen

<sup>1</sup> Dies ist auch das Motto der Sophia-Bruderschaft, die sich systematisch für die Versöhnung der ukrainischen Orthodoxie einsetzt und die ich sehr schätze. Meiner Meinung nach liegt die Bedeutung nicht so sehr in dem Zitat, sondern vielmehr in seiner Interpretation.

Gruppe „Versöhnung in Europa“ organisiert und von Vertretern von 50 Organisationen besucht.<sup>2</sup>

Das Hauptmotiv für die Kontroverse zwischen der UOK und dem ukrainischen Staat war der Wunsch des Staates unter der Leitung des damaligen Präsidenten Petro Poroschenko, eine einheitliche orthodoxe Kirche im Land zu schaffen. Die Idee war, die drei Hauptzweige der ukrainischen Orthodoxie – die UOK, die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kyjiver Patriarchats (UOK-KP) und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) – in einer einzigen Struktur zu vereinen.

Schon damals geriet die UOK unter erheblichen Druck durch die staatlichen Behörden. Kurz darauf wurde die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) gegründet, die die beiden zuvor nichtkanonischen Strukturen – die UOK-KP und die UAOK – zu einer einzigen verschmolz, unter Teilnahme zweier Hierarchen und einzelner Kleriker der UOK. Die Hauptsache war damals nicht so sehr das Entstehen einer neuen einheitlichen Kirche, sondern ihr Status als autokephale und von einigen Ortskirchen anerkannte Kirche.

In den Jahren seit 2022 hat sich die Frage der Versöhnung für die Ukraine mehr auf den Aspekt der Beendigung der militärischen Konfrontation mit Russland verlagert. Die kirchliche Konfrontation hat sich jedoch im Laufe der Jahre nicht abgeschwächt. So erreichte mich vor einigen Wochen die Nachricht, dass meinem ehemaligen Studenten in der Theologischen Akademie, dem Pfarrer einer Dorfkirche in Kyjiver Gebiet, seine Kirche weggenommen wurde. Das geschah nach einem bewährten Verfahren: Es wurde eine Versammlung der Einwohner des Dorfes abgehalten, bei der die überwältigende Mehrheit der Anwesenden dafür stimmte, die „Moskauer Kirche“ zu verlassen und sich einer Kirche anzuschließen, in der „auf Ukrainisch gebetet wird“.

In der Regel sind die meisten Menschen, die zu solchen Abstimmungen versammelt werden, keine regelmäßigen Gemeindemitglieder; sie gehen sonntags nicht zur Kirche und tragen keine finanzielle Verantwortung für die Kosten. Infolgedessen sind sie oft nicht in der Lage, die Kirche zu unterhalten, um das gottesdienstliche Leben regelmäßig fortzusetzen. Nach dem Gesetz Nr. 2673-VIII, das am 17. Januar 2019 vom Parlament verabschiedet wurde, haben sie jedoch das Recht, für eine Änderung der Zugehörigkeit abzustimmen, wenn sie sich dieser Kirchengemeinde auf die eine oder andere Weise verbunden fühlen.<sup>3</sup> Im Falle des „Übertritts der Kirchengemeinde“ ist der nächste Schritt nach der Abstimmung die rechtliche Neuregistrierung der Gemeinde mit dem Kirchengebäude bei den staatlichen Behörden

<sup>2</sup> Vgl. die Teilnehmerliste: <https://www.academic-initiative.org.ua/wp-content/uploads/2021/01/14-Participants-1.pdf>.

<sup>3</sup> Der genaue Wortlaut ist hier als Ergänzung zu Artikel 8 des Gesetzes „Über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ eingefügt: „Die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft beruht auf den Grundsätzen der freien Willensäußerung“. Im Gesetzesartikel gibt es keine Einschränkung dieser „Willensäußerung“.

– von der UOK zur OKU. Die Ähnlichkeit der juristischen Namen der Kirchen ist bemerkenswert – durch die Registrierung einer neuen Kirche im Jahr 2019 mit einem bewusst gewählten, nahezu identischen Namen wollte die Regierung vermutlich den massenhaften Übertritt und die Neuregistrierung der Kirchengemeinden in eine genehme „patriotische“ Struktur vereinfachen.

In der erwähnten Gemeinde ist das Kirchengebäude seither verschlossen und der Priester und die Gläubigen beten in einem dafür angepassten Raum. Ich kenne Dutzende solcher Beispiele. Aus anderen Orten sind noch traurigere Beispiele bekannt: Wenn ein Kirchengebäude konfisziert wurde, baute die Kirchengemeinde ein neues Gebäude, aber auch das wurde der vom Priester geleiteten Gemeinde auf die gleiche Weise entzogen. Solche Beispiele einer zweimaligen Konfiskation gibt es vor allem in den Gebieten Volyn (Wolhynien) und Lviv (Lemberg) im Westen der Ukraine.

Um dieses Phänomen der „Übertritte“ zu veranschaulichen, sind die Daten wichtig, die kürzlich in der „Rückschau auf 2024“ des Ersten Fernsehkanals der Ukraine genannt wurden.<sup>4</sup> Als Hintergrund für das Interview nannte die Journalistin Statistiken: Im Jahr 2024 wechselten im Gebiet Tscherkassy (in der Zentralukraine) 30 Kirchengemeinden, aber nur ein (!) Priester von der UOK zur OKU.

Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Kirchengemeinden ohne ihre Priester „übergetreten“ sind, deutet darauf hin, dass es sich bei diesen Übertritten eher um rechtliche Neuregistrierungen handelt, die von den lokalen Behörden unterstützt werden. Das unterscheidet sich deutlich von freiwilligen Übertritten, bei denen der Pfarrer und die Mitglieder der Pfarrei, d.h. die Personen, die tatsächlich für die Existenz der Pfarrei verantwortlich sind, ihre Kirchengemeinschaft wechseln.

Bei einem weiteren, kürzlich bekannt gewordenen Fall wurde die Kathedrale der Stadt Tscherkassy nach einem ähnlichen Verfahren von der UOK auf die OKU übertragen. Die Kirche wurde am 17. Oktober 2024 physisch beschlagnahmt, während das rechtliche Verfahren einige Monate zuvor stattgefunden hatte. In diesem Fall ist es bemerkenswert, dass die Kathedrale offiziell als Privateigentum der UOK-Diözesanverwaltung registriert war. Das bedeutet, dass „Mitglieder der Gemeinde“ gar kein Recht hatten, über den Übertritt zur OKU abzustimmen.

Die Tatsache, dass in Tscherkassy ein solcher „Übertritt“ der Kathedrale zur OKU stattgefunden hat, hängt mit der Person des derzeitigen Metropoliten von Tscherkassy und Kaniv der UOK, Feodossij, zusammen. Obwohl er ursprünglich aus Kyjiv stammt, lebte er von 1994 bis 2001, während der Zeit seiner Ausbildung, in Russland. Dort studierte er zunächst Theologie und bekleidete später verschiedene kirchliche Ämter. Später wurde er von Metropolitan Volodymyr (Sabodan) von Kyjiv eingeladen, in der Ukraine zu wirken. Diese Rückkehr von Ukrainern, die in Russland studiert und gearbeitet hatten, war typisch für Dutzende Geistliche, von denen ei-

4 Sendung vom 25. Dezember 2024, vgl. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=P8cfMNRutjs>.

nige bedeutende Priester und Hierarchen in der UOK wurden. Vermutlich war das ein Weg für Metropolitan Volodymyr, den Provinzialismus und die Beschränkungen seiner Kirche zu überwinden.

Es gibt keine eindeutige Antwort auf die Frage, inwieweit solche Kleriker, die nach ihrer Zeit in Russland zurückkehrten und sich der UOK anschlossen, die Idee der Einheit von Russen und Ukrainern bis hin zu ihrer Identifikation vertraten. Zwar gehört Metropolitan Antonij Pakanych, dem unter den UOK-Hierarchen am häufigsten eine prorussische Haltung vorgeworfen wird, zu diesen Heimkehrern. Doch haben die beiden Hierarchen, die 2018 der OKU beigetreten sind, auch Erfahrungen mit dem Theologiestudium und dem Leben in Russland gemacht.

Metropolitan Feodossij von Tscherkassy hat sicher eine pro-russische Haltung. Das zeigt sich insbesondere in der Kommemoration von Patriarch Kirill in der Liturgie – er tat das bis vor kurzem, selbst nach dem Ausbruch des Krieges und nach dem Konzil in Kyjiv im Mai 2022, das allen Klerikern erlaubte, des Moskauer Patriarchen nicht mehr zu gedenken. Seine Argumentation bestand jedoch nicht darin, die russische Aggression zu unterstützen, sondern „in der kanonischen Wahrheit zu stehen“, d.h. zu glauben, dass die UOK in Einheit mit dem Moskauer Patriarchat die wahre Kirche ist und dass die OKU im Schisma bleibt.

Der Vorgänger von Metropolitan Feodossij, Metropolitan Sofronij (Dmytruk), von 1992 bis zu seinem Tod im Jahr 2020 im Amt, gehört einer anderen Generation in der UOK an, hat aber selbst auch lange (1962–1979) in Russland studiert und gewirkt. Er galt seit vielen Jahren als der Hierarch der UOK, der die Autokephalie am meisten befürwortete. Dennoch ist er der OKU nach deren Gründung Ende Dezember 2018 nicht beigetreten. Seine Gründe hat er in einem Interview dargelegt, das er zu der Zeit gab, als der Ukraine der Tomos gewährt wurde: „Ich bin ein freier Mensch, ich will kein Vasall der Griechen sein. Das ist keine Autokephalie, denn ihr Statut besagt, dass bei uns in der Ukraine eine griechische Kirche gegründet wurde“.<sup>5</sup>

Diese Beispiele zeigen, dass die Situation in der ukrainischen Orthodoxie kompliziert ist und dass verschiedene Faktoren eine Rolle spielen, besonders die Verbindungslinie zwischen der UOK und der Kirche in Russland. Im Folgenden werden drei Sichtweisen auf die komplexe Situation in der ukrainischen Orthodoxie geboten. Die erste ist die „kanonische“, die typisch ist für die Logik der UOK; die zweite ist die staatliche, basierend auf der These „eine unabhängige Kirche in einem unabhängigen Staat“; die dritte ist die „zivilgesellschaftliche“ unter Berücksichtigung der kulturellen, regionalen und demographischen Vielfalt der ukrainischen Orthodoxie. Meiner Meinung nach müssen für eine erfolgreiche kirchliche Versöhnung alle drei Sichtweisen berücksichtigt werden.

5 Interview vom 27. Dezember 2018 „Metropolitan Sofronij: Ich bin weder dort noch hier. Aber ich bleibe nicht im Moskauer Patriarchat“ (<https://glavcom.ua/interviews/mitropolit-sofroniy-ya-nitudi-ni-syudi-ale-u-cerkvi-moskovskomu-patriarhatu-ya-ne-zalishayusa-556599.html>).

## 2. Die kanonische Sichtweise

In der aktuellen Konfrontation zwischen der UOK und der OKU wird vor allem von Vertretern der OKU manchmal der Begriff „interjurisdiktioneller Konflikt“ verwendet. Für sie handelt es sich um einen Konflikt zwischen zwei vollwertigen orthodoxen Kirchenstrukturen, von denen die eine eine pro-russische Identität hat (die UOK), die andere eine anti-russische.

Diese Sicht der Konfrontation ist jedoch nicht symmetrisch, da die UOK-Leitung den Konflikt durch ein kanonisches Prisma wahrnimmt. An dieser Stelle sei an Patriarch Filaret erinnert, der seit 1995 Oberhaupt der UOK-KP war und 1997 vom Konzil der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau anathematisiert wurde, was als schwerste kirchliche Bestrafung gilt. Ohne ins Detail zu gehen, lässt sich sagen, dass es zwei völlig unterschiedliche Erklärungen für dieses Anathema gibt. Die pro-autokephale Seite konzentriert sich auf den politischen Aspekt – das Anathema kam aus Moskau und hat eine politische Grundlage; die russische Seite hat seit Jahrhunderten versucht, die Ukraine zu unterdrücken. Nach dieser Logik wurde das Anathema gegen Filaret von der russischen Kirche nur deshalb verhängt, weil sie ihre Kontrolle über die ukrainische Orthodoxie aufrechterhalten wollte, und Patriarch Filaret kämpfte gerade darum, sich dieser Kontrolle zu entziehen.

Dieser „pro-autokephalen“ Position steht die „kanonische“ Position der UOK gegenüber. Danach werden kirchliche Argumente angeführt, insbesondere die Behauptung, Filaret habe eine parallele quasi-orthodoxe Struktur auf globaler Ebene geschaffen und unter seiner Leitung verschiedene Arten von Schismatikern aus Bulgarien, Griechenland und anderen Ländern vereint.<sup>6</sup> In dieser Logik schuf Filaret Parallelstrukturen zur Weltorthodoxie.

In den heutigen Beziehungen zwischen der UOK und der OKU bedeutet die kanonische Position die Nichtanerkennung der Bischofsweihen, die ohne Einhaltung der kanonischen Normen durchgeführt wurden.<sup>7</sup> Im Klerus und bei den Gläubigen der UOK finden sich jedoch häufig radikalere Ansätze, die seit mehreren Jahrzehnten jegliche Kirchlichkeit in den beiden nicht-kanonischen Kirchen – UOK-KP und UAOK – leugnen. Dazu gehört die Nichtanerkennung der Gültigkeit aller kirchlichen Sakramente, einschließlich Taufe und Priesterweihe.

Der kanonische Ansatz wird auch von den meisten orthodoxen Ortskirchen unterstützt: In den sechs Jahren seit der Gründung der OKU haben nur vier Ortskirchen der griechischen Tradition diese anerkannt und sind in eucharistische Gemein-

6 Vgl. hierzu Th. Bremer, Zu den Brennpunkten der innerorthodoxen Diskussionen, in: *Una Sancta* 63 (2008) 184–193.

7 Dabei hat Filaret selbst dieses Argument lange Zeit in Bezug auf die UAOK verwendet – obwohl beide Strukturen politisch „antirussisch“ waren, konnten sie sich erst nach einem Vierteljahrhundert der Konfrontation zu einer Kirche vereinen. Dies geschah vor allem dank der kanonischen Anerkennung der neu gegründeten OKU durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel.

schaft mit ihr getreten. Die Mehrheit der Ortskirchen hält sich jedoch mit klaren Entscheidungen zurück, da die Anerkennung der OKU automatisch die Unterstützung ihrer Exklusivismus-Ideologie in der Ukraine und damit die Ablehnung des kanonischen Status der UOK bedeuten würde.

Meiner Meinung nach müssen wir um der Versöhnung zwischen den beiden orthodoxen Jurisdiktionen in der Ukraine willen dazu beitragen, die exklusive Stellung der UOK zu relativieren. Bei Hierarchen und Laien der OKU kann man jedoch weniger eine Relativierung als vielmehr eine völlige Leugnung der Kanonizität der UOK feststellen. Als Argument wird oft die Position von Patriarch Bartholomäus von Konstantinopel angeführt, der in einem Brief erklärt, dass nach der Gewährung der Autokephalie im Januar 2019 „die neue autokephale Kirche der Ukraine die *einzigste kanonische* orthodoxe Kirche auf dem Territorium des ukrainischen Staates ist, und Seine Seligkeit Metropolit Epiphaniy von Kyjiv und der ganzen Ukraine als ihr kanonischer Primas anerkannt werden sollte“<sup>8</sup>.

Nach meinem Verständnis bedeutet die „Relativierung der Exklusivität“<sup>9</sup> in erster Linie die Behauptung, dass in der Landschaft der ukrainischen Orthodoxie sowohl die UOK als auch die OKU bis zu einem gewissen Grad „kanonische“, wahrhaftig und rechtmäßig orthodoxe Kirchen sind. Dazu ist es nicht so sehr notwendig, die Kanonizität der UOK zu leugnen, sondern vielmehr die grundlegenden Veränderungen zu bestätigen, die sich mit Hilfe des Ökumenischen Patriarchats im Status der ehemaligen Schismatiker vollzogen haben. Eine solche positive Sichtweise bedeutet, dass alle Hierarchen, Kleriker und Laien, die damals der neu geschaffenen OKU beigetreten sind, zu vollwertigen Mitgliedern der Kirche werden und Zugang dazu haben, wofür die Kirche hauptsächlich existiert – zum Heil und zur Fülle des kirchlichen Lebens.

## 3. Die staatliche Sichtweise

Anstelle dieses Weges der kirchlichen Versöhnung sehen wir eine Politisierung der kirchlichen Frage in der Ukraine. Zweifellos ist ein Krieg, der Tausende von Menschenleben fordert, der Tausende von Menschen verstümmelt, der Millionen ukrainischer Bürger gezwungen hat, ihr Land zu verlassen, eine Herausforderung für das ganze Land und für alle, die um des Sieges willen die Einheit suchen. Aber die Zeit läuft ab, und ein militärischer Sieg ist nicht in Sicht.

8 Vgl. die Nachricht „Patriarch Bartholomäus: OKU ist die einzige kanonische orthodoxe Kirche in der Ukraine“, [https://risu.ua/patriarh-varfolomij-pcu-ye-yedinoyu-kanonichnoyu-pravoslavnoyu-cerkvoyu-v-ukrayini\\_n113052](https://risu.ua/patriarh-varfolomij-pcu-ye-yedinoyu-kanonichnoyu-pravoslavnoyu-cerkvoyu-v-ukrayini_n113052).

9 In meinem Artikel *Church and Exclusivism in Ukrainian Orthodoxy*, in: Th. Bremer / A. Brüning / N. Kizenko (eds.), *Orthodoxy in two manifestations? The conflict in Ukraine as Expression of a fault line in World Orthodoxy*, Berlin 2022, 259–285 betone ich, dass Exklusivismus in verschiedenen Formen für beide Seiten des Kirchenkonflikts – die UOK und die OKU – charakteristisch ist.

Die Kirchenpolitik in der Ukraine änderte sich grundlegend im Jahr 2014, das mit dem Verlust der Krim und von Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk zusammenfiel. Gleichzeitig kam es zu einem bedeutenden Wechsel in der UOK: Nach dem Tod von Metropolit Volodymyr Sabodan (1992–2014) wurde Metropolit Onufrij Berezovsky zum neuen Metropoliten von Kyjiv und der ganzen Ukraine gewählt. Im November 2014 wurde Andrii Yurasch zum Leiter der Abteilung für religiöse und ethnische Angelegenheiten des Kulturministeriums der Ukraine ernannt. Yurasch hatte dieses Amt über fünf Jahre lang inne und wurde zu einer der Schlüsselfiguren in der Kirchenpolitik von Präsident Petro Poroschenko.

Zuvor lebte Andrii Yurasch mehrere Jahre lang in Lviv und war einer der intellektuellen Förderer der Entwicklung des UOK-KP. Durch Yuraschs Wechsel nach Kyjiv und in die hohe Regierungsposition, durch die er die Möglichkeit der Verwaltung des religiösen Umfelds erhielt, wurde die weit verbreitete These der von Patriarch Filaret geleiteten Kirche – „eine unabhängige Kirche in einem unabhängigen Staat“ – allmählich Teil der Staatsideologie.

Viktor Yelensky ist seit Dezember 2022 Leiter des Staatlichen Amtes für Ethno-Politik und Gewissensfreiheit (DESS). Nach langer Zeit in Forschung, Lehre und Journalismus ging er 2014 in die Politik und wurde Mitglied des ukrainischen Parlaments. Fünf Jahre lang war er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Spiritualität und Vorsitzender des Unterausschusses für staatliche Politik im Bereich der Gewissensfreiheit und religiöser Organisationen. In diesen Positionen überwachte er die Vorbereitung der Gesetze, die darauf abzielten, die Aktivitäten der UOK einzuschränken, um ihre Position im Verhältnis zum Staat zu ändern.

Ein markantes Ereignis, das den Konflikt zwischen der Position des Staates und der Vision von Metropolit Onufrij verdeutlichte, waren die Feierlichkeiten im ukrainischen Parlament im Mai 2015. Als zum 70. Jahrestag des Sieges über den Nationalsozialismus die Namen der gefallenen Soldaten verlesen wurden, denen der Titel „Held der Ukraine“ verliehen worden war, weigerten sich Metropolit Onufrij und zwei weitere ihn begleitende Hierarchen, aufzustehen und den gefallenen Helden zu applaudieren. Später erklärte Metropolit Onufrij in einem Video diesen Schritt nicht als „Zeichen der Respektlosigkeit gegenüber den Helden der Ukraine“, sondern als „Zeichen des Protests gegen den Krieg als Phänomen“. Er stellte auch seinen Standpunkt klar: „Wir wollen nicht, dass sich die Menschen gegenseitig umbringen. Wir wollen Frieden und Gottes Segen für unser Land“<sup>10</sup>.

Die Kritik an Metropolit Onufrij nach diesem demonstrativen Sitzenbleiben beschleunigte den Ausschluss der UOK aus dem Dialog mit der ukrainischen Zivilgesellschaft. Die Position des Primas der UOK beruht auf seiner Überzeugung von der besonderen gesellschaftlichen Rolle der Kirche und daher auf der Notwendigkeit,

10 „Kommentar Seiner Seligkeit Metropolit Onufrij für die Medien“, <https://www.youtube.com/watch?v=2Sf11gDcXik>.

„über dem militärischen Konflikt“ zu stehen. Für ihn ist die Kirche nicht nur eine von vielen gesellschaftlichen Institutionen und keine Stütze der Staatsideologie; die Kirche hat eine einzigartige Bedeutung, sie wird von einer mystischen Verbindung mit Gott genährt und ist aufgerufen, um jeden Preis „das eine, was notwendig ist“ zu bewahren, anstatt sich „um viele Dinge zu sorgen“ (vgl. Lk 10,41–42).

Neben dieser persönlichen Position von Metropolit Onufrij zeigen sich unterschiedliche Positionen bei Klerus und Gläubigen der UOK. Viele Jahre lang verteidigten einige Kleriker in Opposition zur Ideologie der „Staatskirche“ die Überweltlichkeit des kirchlichen Dienstes; andere hielten an patriotischen Positionen fest und halfen an der Front so weit wie möglich. Ein gewisser Teil sympathisierte jedoch mit den russischen Ideen und arbeitete, sofern sie in den besetzten Gebieten waren, mit den neuen Mächtigen zusammen.

Im Allgemeinen tolerierte Metropolit Onufrij diese Vielfalt – dieser Charakterzug hatte sich auch in den Jahren 2007–2014 gezeigt, als er dem Kirchengericht der UOK vorstand. Nach Angaben von Kennern hat das Kirchengericht in dieser Zeit keine einzige formelle Entscheidung erlassen – in allen Fällen wurden die Prozessparteien gedrängt, eine außergerichtliche Lösung des Konflikts zu finden.

Ein eklatanter Skandal aufgrund einer solch vagen Position war die Frage der Haltung gegenüber Kollaborateuren. Im November 2022, in einer Situation, in der immer mehr Beispiele von Zusammenarbeit zwischen Hierarchen und Klerikern der UOK und den Besatzungsbehörden in den von Russland besetzten Gebieten bekannt wurden, forderten Vertreter der ukrainischen Staatsbehörden, dass Metropolit Onufrij solche Kollaborateure offen verurteilt. Daraufhin wurde am 19. November 2022 ein Interview veröffentlicht, in dem der Primas der UOK klar und deutlich erklärte: „Die Priester, die die vom Feind eroberten Gebiete nicht verlassen haben und dort geblieben sind und ihr Ansehen oder ihr Leben geopfert haben, um den Menschen beim Überleben zu helfen, sind keine Kollaborateure, sondern echte Helden.“<sup>11</sup> Diese Erklärung gab für die staatlichen Behörden den Ausschlag: Zehn Tage später, am 1. Dezember, wurde durch ein Dekret von Präsident Selenskyi der Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine bestätigt, wonach Sanktionen gegen Vertreter von Religionsgemeinschaften erlassen werden können. Es folgte eine aktive Welle von Durchsuchungen und Prozessen gegen Dutzende von UOK-Geistlichen.

Eine weitere Form des Drucks war die Politik der legislativen Einschränkung der UOK durch die Verabschiedung neuer Gesetze, bis hin zum Gesetz für ein Verbot der UOK im August 2024. Oben habe ich bereits das Gesetz Nr. 2673-VIII vom

11 Laut Informationszentrum der UOK vom 19.11.2022. Tatsächlich ist die Nachricht auf der Website der „Geistlichen Front der Ukraine“ eine Wiederholung dieser Zitate – „Onufrij: ‚Priester der UOK sind keine Kollaborateure, sondern echte Nationalhelden‘“, vgl. <https://df.news/2022/11/19/onufrij-sviashchennyky-upts-ne-kolaboranty-a-spravzhni-narodni-heroi/>.

Januar 2019 erwähnt, das die Übertritte der Pfarreien von der UOK zur OKU erleichterte. Das „Gesetz über die Umbenennung“ verpflichtete die UOK dazu, ihren Namen aufzugeben und stattdessen in ihrer Bezeichnung ihre Unterordnung unter das Zentrum in Russland anzugeben.<sup>12</sup> Diesem Gesetz zufolge verwenden Kritiker der UOK für sie die Bezeichnung „Moskauer Patriarchat in der Ukraine“ oder „Russische Orthodoxe Kirche in der Ukraine“.

Eine weitere gesetzliche Einschränkung für die UOK bestand darin, dass ihre Kleriker nicht als Seelsorger in den ukrainischen Streitkräften dienen durften. Es handelt sich um das Gesetz der Ukraine „Über den Dienst der Militärseelsorge“ Nr. 1915-IX, das im November 2021 verabschiedet wurde. Laut einer späteren Änderung heißt es, dass die Zugehörigkeit „zu einer religiösen Organisation, die als Teil der Struktur einer religiösen Organisation anerkannt ist, deren leitendes Zentrum sich im Aggressor-Staat befindet“, einen solchen Dienst unmöglich macht.<sup>13</sup>

Mit Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine vom 26. Dezember 2024 wurde die Beschränkung der Möglichkeiten der UOK-Geistlichen fortgesetzt. Danach können Geistliche von Kirchen und Religionsgemeinschaften von der Mobilisierung und dem Militärdienst befreit werden.<sup>14</sup> Wie ein Mitarbeiter des DESS erklärte, wird dies jedoch nicht auf den Klerus der UOK angewendet, da sie das bereits erwähnte Gesetz zur Umbenennung nicht eingehalten haben. Wenn die Kirchengemeinden nicht unter dem neuen Namen „Moskauer Patriarchat in der Ukraine“ registriert sind, existieren sie im Rechtsbereich der Ukraine nicht; doch wenn sie sich gemäß diesen Anforderungen erneut registrieren lassen, unterliegen sie dem kürzlich verabschiedeten Gesetz, das die Existenz der Russischen Orthodoxen Kirche und mit ihr verbundener religiöser Organisationen in der Ukraine verbietet.<sup>15</sup> Das bedeutet, dass die zuständigen Behörden alle wehrfähigen Geistlichen der UOK mobilisieren und damit ihre gesamte Struktur ausbluten lassen können.

Das erwähnte Gesetz zum Verbot wurde am 20. August 2024 vom Parlament der Ukraine verabschiedet und trägt in seiner endgültigen Fassung offiziell den Titel „Über den Schutz der Verfassungsordnung im Bereich der Tätigkeit religiöser Organisationen“.<sup>16</sup> Das Gesetz sieht sieben Zeichen für „Zugehörigkeit“ vor – alle beziehen sich im Wesentlichen auf die kanonische Verbindung der UOK mit der Kirche in Russland. Somit steht die Leitung der UOK vor einer radikalen Alter-

native: Entweder sie bricht alle Verbindungen zur Russischen Orthodoxen Kirche ab, oder sie wird in der Ukraine verboten. Dies gilt auch für die kanonische Verbindung, was von der Leitung der UOK vor allem abgelehnt wird – in diesem Fall läuft sie Gefahr, in den Augen der Weltorthodoxie den Status von Schismatikern zu erhalten, was für sie inakzeptabel ist.

#### 4. Die zivilgesellschaftliche Sichtweise

Neben der bereits beschriebenen kanonischen und der staatlichen Sichtweise lässt sich noch die zivilgesellschaftliche Perspektive unterscheiden. Dabei geht es um die Anerkennung der individuellen Ebene. In dieser Sichtweise sind Geistliche und Gläubige nicht Bausteine in einer großen monolithischen sozialen Gruppe, also der Kirche, sondern können eine eigene Position einnehmen. Dies ist besonders wichtig in einer Situation, in der eine solche persönliche Position tatsächlich im Widerspruch zur Position der Leitung der eigenen Kirche steht.

Ein anschauliches Beispiel für die Bedeutung dieser zivilgesellschaftlichen Perspektive ist die Tätigkeit der „Sophia-Bruderschaft“.<sup>17</sup> Ihre Besonderheit besteht darin, dass ihre Mitglieder (Geistliche und Laien) der UOK, der OKU und dem Ökumenischen Patriarchat angehören dürfen. Außerdem sind gemäß dem Statut Vertreter dieser drei Kirchen gleichermaßen unter den Vorstandsmitgliedern der Bruderschaft vertreten.<sup>18</sup> Zu ihren Hauptzielen gehört die „umfassende Förderung des interorthodoxen Dialogs zum Erreichen der Einheit der ukrainischen Orthodoxie“.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der zivilgesellschaftlichen Perspektive von Versöhnung zwischen den Kirchen ist das regionale Kriterium. Insbesondere ist es wichtig für die Analyse regionaler Merkmale von Übertritten der Kirchengemeinden von der UOK zur OKU. Dieser Faktor wurde bereits im Zusammenhang mit der Situation im Gebiet Tscherkassy erwähnt; er ist jedoch für die gesamte Ukraine wichtig.

Im Juli 2023 veröffentlichte ich den Text „Cuius regio, eius religio“<sup>19</sup> mit dem Untertitel „Die Bedeutung der lokalen Behörden für die Teilung der Ukraine in zwei Teile. Analyse der Staatsstatistik im Religionsbereich für 2021–2023“. Aus dieser Analyse folgt, dass die Ukraine nach dem Kriterium der Übertritte von Kirchengemeinden von der UOK zur OKU tatsächlich in zwei Teile geteilt ist: Während im Nordwesten des Landes (insgesamt 11 Gebiete) diese rechtlichen Übertritte mit Unterstützung der lokalen Behörden recht erfolgreich verlaufen, bleiben die Übertritte

17 Vgl. die Nachricht auf der Website der Stiftung „Akademische Initiative“: „Sergij Bortnyk took part in a webinar on the law banning religious organizations in Ukraine“, [https://www.academic-initiative.org.ua/en/2024/10/31/webinar\\_on\\_ban\\_of\\_ro\\_in\\_ukraine/](https://www.academic-initiative.org.ua/en/2024/10/31/webinar_on_ban_of_ro_in_ukraine/).

18 Die englischsprachige Version der Bruderschaftswebsite: <https://sofyske-bratstvo.org/en/>.

19 Die englische Version des Artikels: [https://www.academic-initiative.org.ua/en/2023/07/24/division\\_of\\_ukraine\\_into\\_two\\_parts/](https://www.academic-initiative.org.ua/en/2023/07/24/division_of_ukraine_into_two_parts/) sowie <https://noek.info/hintergrund/3032-cuius-regio-eius-religio-importance-of-local-authorities-for-the-division-of-ukraine-into-two-parts>.

12 Das ist Gesetz 2662-VIII, das bereits im Dezember 2018 verabschiedet wurde, vgl. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2662-19#n2>.

13 Der Gesetzestext findet sich unter <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1915-20#Text>.

14 Vgl. den Beschlusstext <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1498-2024-%D0%BF#Text>.

15 Vgl. das Interview „Wann tritt der Mobilisierungsvorbehalt der Priester in Kraft? Erklärt von DESS“ vom 3. Januar 2025, <https://www.religion.in.ua/main/51506-koli-zapracuyeye-bronyuvannya-svyashennikov-vid-mobilizaciyi-rozjasnyuye-dess.html>.

16 Vgl. S. Bortnyk, Das rechtliche Verbot der UOK als Chance für die Versöhnung der orthodoxen Kirchen in der Ukraine, <https://noek.info/hintergrund/3462-das-rechtliche-verbot-der-uok-als-chance>.

im Südosten (13 Gebiete) trotz des Drucks des Zentralbehörden eher unbedeutend. Daraus lässt sich schließen, dass in diesen 13 Gebieten die tatsächliche Präsenz der OKU-Kirchengemeinden so schwach ist, dass die lokalen Behörden es nicht wagen, das Gleichgewicht zwischen den beiden Jurisdiktionen radikal zu verändern.

Der dritte Aspekt dieser zivilgesellschaftlichen Perspektive sind Altersunterschiede und die Opposition des UOK-Synods gegenüber einer erheblichen Anzahl von Hierarchen und Geistlichen dieser Kirche. Der relativ junge Rektor der Kathedrale (38), in der unsere Familie zum Gottesdienst geht, sagte mir: „Sie nennen mich einen ‚Moskauer Popen‘, aber ich war in meinem ganzen Leben noch nie in Moskau“. Doch acht von neun der ständigen Mitglieder des Synods der UOK absolvierten das Moskauer Theologische Seminar und die Akademie, fast alle zu Sowjetzeiten. Dementsprechend entstand ihre Weltanschauung während der Herrschaft der atheistischen Propaganda, als die Opposition nicht national (für oder gegen Russland), sondern religiös (gegen die Kontrolle durch einen aggressiven atheistischen Staat) war. Ein erheblicher Teil der UOK-Hierarchen ist jedoch deutlich jünger und hat kaum Erfahrung mit einem Studium oder einem längeren Aufenthalt in Russland. Das ist ein natürlicher Generationenwechsel und eine Stärkung der Bedeutung der theologischen Ausbildung auf dem Territorium der Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit.

Gleichzeitig gibt es viele Beispiele, dass seit 1990 und bis vor kurzem viele junge Menschen (nicht nur) aus dem Südosten der Ukraine nach Möglichkeiten einer theologischen Ausbildung in Russland gesucht haben, wegen ihrer höheren Qualität. Als sie nach ihrem Studium zurückkehrten, brachten sie wahrscheinlich auch Vorstellungen über die geistige Einheit Russlands und der Ukraine mit. Generell muss anerkannt werden, dass die regionalen Merkmale der Sympathien unter Geistlichen und Gläubigen der UOK einer genaueren Untersuchung bedürfen.

Da der UOK-Synod das Gremium ist, das befugt ist, die offizielle Position der UOK zu formulieren, ist es erwähnenswert, dass eine beträchtliche Anzahl seiner ständigen Mitglieder aufgrund der langen Erfahrung mit der Spaltung, die seit den 1990er-Jahren in der Ukraine herrschte, prorussische Sympathien hegt. Dies ist eine Art Wunsch nach einer „harten Hand“ der staatlichen Behörden im Kampf gegen Konkurrenten im kirchlichen Umfeld. Es ist offensichtlich, dass eine solche „harte Hand“ in der Ukraine derzeit zugunsten der OKU eingesetzt wird.

In den letzten Monaten wurden bei Treffen des „Allukrainischen Rates der Kirchen und Religionsorganisationen“ mit der obersten Leitung des ukrainischen Staates die Gespräche über die Notwendigkeit von „partnerschaftlichen Beziehungen“ zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften intensiviert. Im Allgemeinen kann man hoffen, dass solche Beziehungen dem Wohl der Gesellschaft und des Staates dienen und den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat ersetzen können, der in Artikel 35 der Verfassung der Ukraine verankert ist. Doch sowohl die Tatsa-

che des Krieges als auch die Konfrontation des Staates mit der UOK lassen die Frage offen, inwieweit es möglich sein wird, ein solches Partnerschaftsmodell umzusetzen und gleichzeitig die Meinungsfreiheit religiöser Organisationen zu bewahren. Denn die UOK-Vertreter werden seit mehr als einem Jahr einfach nicht mehr zu den Treffen des Allukrainischen Rates der Kirchen und religiösen Organisationen mit der obersten Staatsleitung eingeladen.

Meiner Überzeugung nach sollten für die Versöhnung in der ukrainischen Orthodoxie alle drei beschriebenen Ansätze – der kanonische, der staatliche und der zivilgesellschaftliche – von allen Konfliktparteien ernst genommen werden. Gleichzeitig benötigen die Parteien zur Verbesserung der zwischenkirchlichen und der staatlich-kirchlichen Beziehungen einen offenen Dialog, eine Sensibilisierung und die Darstellung ihrer Positionen. Soviel ich sehen kann, mangelt es der Leitung der UOK an einer solchen Bereitschaft. Derzeit gibt es Beispiele für den Schutz der UOK auf internationaler Ebene – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Menschenrechte –, aber es mangelt am Dialog zwischen der UOK und ihrem eigenen Staat.

Meine Kollegen und ich haben im Sommer 2023 mögliche Projekte für Briefe mit Erläuterungen über den Statuts der UOK vorgeschlagen – einen an den Vorsitzenden des DESS, Viktor Yelenskyj, und einen an die anderen Ortskirchen.<sup>20</sup> Einige aktive und relativ junge Hierarchen der UOK haben das Projekt unterstützt. Leider gab es nie echte Briefe mit den Unterschriften des Vorsitzenden und der Mitglieder des Synods. Anstatt in einen Dialog zu gehen und Kompromisse zu suchen, schlug Metropolit Onufrij der Staatsführung vor zu beten. Es scheint, dass der Dialog auf höchster Ebene derzeit in einer Sackgasse steckt. Die Frage, ob hier Initiativen von unten helfen können, bleibt offen.

### *Abstract*

In the Ukrainian context, reconciliation refers above all to the relation between the two competing Orthodox Churches in Ukraine, namely the Ukrainian Orthodox Church (UOC) and Orthodox Church of Ukraine. The author discusses how that relationship can be improved. He sketches the current problems and names three perspectives for a possible solution: the canonical one, the political one, and the one of civil society. Each of them is important, but above all an open dialogue between the churches, and between the UOC and the Ukrainian state is needed.

20 Vgl. die Nachricht „Ukrainian Orthodox Church in the face of its probable ban: Letters explaining its position“, [https://www.academic-initiative.org.ua/en/2023/08/28/letters\\_from\\_uoc/](https://www.academic-initiative.org.ua/en/2023/08/28/letters_from_uoc/). Die Texte dieser Briefe wurden auf der Website <https://dialogtut.org> veröffentlicht, deren Name schon die Bedeutung des Dialogs und die Offenheit dafür unterstreicht. Nach einiger Zeit wurde die Website auf Anordnung der staatlichen Behörden verboten, jetzt ist sie nur noch im Ausland erreichbar.